

Rechte Tendenzen und Homosexualitätsfeindlichkeit im Aufschwung. Herausforderungen für die Jugendarbeit

Melanie Groß

Die „offene Gesellschaft“ ist ein derzeit stark umkämpftes Terrain. Bisweilen wird ihr Wert genau dann besonders betont, wenn vermeintlich „westliche Werte“ gegen einwandernde und geflüchtete Menschen aus islamisch geprägten Ländern verteidigt werden sollen. Schaut man sich jedoch die Einstellungen der Bevölkerung an, muss man sich schon die Frage stellen, was genau mit diesem Schlagwort „offene Gesellschaft“ eigentlich gemeint sein soll, denn immer mehr Menschen neigen dazu, Werte einer offenen Gesellschaft abzulehnen. Mehr als 1.000 Attentate wurden im Jahr 2015 auf Flüchtlingsunterkünfte verübt. Bis tief in der Mitte der Gesellschaft sind demokratiefeindliche, autoritäre und rechtsextreme Einstellungen zu finden, worauf repräsentative Studien seit Jahren hinweisen.¹ Hinzu kommen Bewegungen, wie die sog. PEGIDA, die explizit auf die Rettung des Abendlandes rekurrieren und dabei offen rechte Positionen vertreten und autoritäre Staatlichkeit einfordern: „Heute taucht der Verdacht auf, dass sich hinter der Begeisterung für die eigenen Proteste gegen die »Herrschenden« bei den Pegida-Demonstranten, in der Destruktivität des »Nationalsozialistischen Untergrunds« und bei manchem Neu-Rechten in den Reihen der AfD vor allem der Wunsch nach einer starken Autorität verbirgt. Ihre »Rebellion« richtet sich gegen die Autorität, weil sie sie als schwach wahrnehmen. Auf jeden Fall sind diese Aktionen gegen die liberale und offene Gesellschaft gerichtet, die sich in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat, weswegen dieser Verdacht nicht ganz unbegründet erscheint.“ (Decker/Brähler 2016: 18).

Die AfD erscheint derzeit als „rechtspopulistischer Profiteur der Flüchtlingsdebatte“ (Häusler 2016) und hat es bei der vergangenen Bundestagswahl erfolgreich geschafft, von sechs Millionen Menschen als drittstärkste Kraft in den Bundestag gewählt zu werden. Bei der Analyse von Parteiprogrammen oder Strategiepapieren der AfD wird deutlich, dass es sich um eine Partei mit einer völkischen Weltanschauung handelt, die zudem mit einem stark heteronormativen bis reaktionären Geschlechter- und Sexualitätsverständnis operiert. Einzelne Politiker*innen fallen zudem immer wieder durch rechte und rechtsextreme Äußerungen auf und es gibt Verstrickungen mit auch militant operierenden Gruppen aus der Neuen Rechten, wie beispielsweise Gruppen der Identitäten. Die Analysen der sog. Mitte-Studien aus Leipzig wiesen bereits 2016 deutlich auf den Trend hin, der sich nun bei der Wahl 2017 auch realisiert hat: „Der hohe Anteil von rechtsextrem Eingestellten, die unsere Studienreihe seit Jahren dokumentiert, formiert sich verstärkt als politischer Akteur und radikalisiert sich gleichzeitig. Damit geht die Abwendung der rechtsextrem Eingestellten von den demokratischen Parteien einher. Was der NPD in der Vergangenheit nicht gelang, zeichnet sich nun ab: Die AfD kann dieses Wähler/innenpotenzial für sich mobilisieren.“ (Decker/Brähler 2016: 19f).

Die von Wilhelm Heitmeyer ins Leben gerufenen und zehn Jahre lang regelmäßig durchgeführten repräsentativen Studien „Deutsche Zustände“ haben gezeigt, wie im **Syndrom der**

¹ Seit 2002 „Deutsche Zustände“ (jährlich, v.a. Wissenschaftler*innen der Uni Bielefeld); seit 2006 „Mitte Studien der Friedrich Ebert Stiftung“ (zweijährlich, seit 2014 gemeinsam mit Wissenschaftler*innen der Uni Bielefeld), seit 2002 „Leipziger Mitte Studien“ (Uni Leipzig, 2006-2012 gemeinsam mit FES, seit 2016 Heinrich Böll, Rosa-Luxemburg-Stiftung und Otto Brenner Stiftung).

Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit die Abwertungen von verschiedenen Gruppen miteinander verbunden sind: Sexistische und Homosexualitätsfeindliche Abwertungen von Menschen gehen statistisch gesehen signifikant häufig einher etwa mit der Abwertung von Asylbewerber*innen und Obdachlosen mit Rassismus und Islamfeindlichkeit. Das zentrale verbindende Element ist hierbei die Vorstellung einer grundlegenden Ungleichwertigkeit von Menschen (Groß/Zick/Krause 2012: 12). Die Ablehnungen und Abwertungen steigen indes seit einigen Jahren und verdichten sich inzwischen auf ganz besonders abgelehnte Gruppen: Asylbewerber*innen, Sinti und Roma sowie Muslime (Decker/Kiess/Brähler 2016). Als Ursachen gelten ökonomische Krisen, wie wir sie seit 2008 global verschärft wahrnehmen, genauso wie die grundlegende neoliberale Ökonomisierung des Sozialen, die dazu führt, dass Menschen v.a. nach Ihrem Wert für kapitalistische Verwertungsprozesse beurteilt werden und dies insbesondere schwache Gruppen trifft, die wenig aktiv zur Wertschöpfung beitragen (können oder dürfen). So sind die Werte zur Ablehnung gerade auch bei den einkommensstärkeren Gruppen in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen: „Dies kann als Indiz für die Verteidigung bestehender Statushierarchien durch die starken Gruppen in Krisenzeiten, in denen diese ins Wanken geraten könnten, gewertet werden“ (Groß/Zick/Krause 2012: 21f).

Rechte Einstellungen treten in ökonomischen Krisenzeiten offener zutage und werden deutlicher vertreten, als in Zeiten, die als ökonomisch sicher empfunden werden. So stimmten im Jahr 2016 41,4% der Befragten der Leipziger Mitte-Studie folgender Aussage zu: „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“. Sogar 57,8% der Befragten stimmten der Aussage zu „Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Gegend aufhalten“ und 40,1% gaben an, dass sie „ekelhaft (finden), wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen“ (Decker/Kiess/Brähler 2016: 50f).

Politische Akteure, die sich die Vermengung von Homosexualitätsfeindlichkeit und anti-emanzipatorische oder autoritäre Vorstellungen von Geschlecht und Sexualität besonders zu eigen machen und die personelle Überschneidungen auch mit der AfD haben, sind die sog. „Besorgten Eltern“ und die „Demo für Alle“. Sie behaupten, Geschlechterforschung sei ideologisch geprägt und per se unwissenschaftlich und unterstellen sexualpädagogischen Konzeptionen, die eine Akzeptanz von Vielfalt vertreten, sie würden eine staatliche „Umerziehung“ und „Frühsexualisierung“ von Kindern anstreben, die letztlich dem „Genderwahn“ der Geschlechterforschung geschuldet sei. So forderten beispielsweise die AfD in ihren Wahlprogrammen die Abschaffung von Gender-Professuren an den Hochschulen und die „Besorgten Eltern“ 2014 in Hamburg in ihrem Aufruf zu einer Kundgebung das Ende von Sexualpädagogik. In einem Flyer war zu lesen: „STOP zu Sexualkundeunterricht in der Grundschule. STOP zur Entmündigung der Eltern bei der Kindererziehung und Aufklärung ihrer eigenen Kinder. STOP zu der Genderbewegung, die unseren Kindern weis machen will, sie müssten sich ihr Geschlecht selber aussuchen“. Die „Besorgten Eltern“ gehen soweit, dass sie auch mit Personen zusammen arbeiten, die explizit die Züchtigung von Kindern als probates Mittel von Erziehung ansehen, um Kindern jegliche Sünde „auszutreiben“. Ein solcher Protagonist ist beispielsweise Ivo Sasek, mit dem Mathias Ebert, der als Initiator der „Besorgten Eltern“ gilt, in der sogenannten „Anti-Zensur-Koalition“² gemeinsam auftritt. Sasek schreibt in seiner Veröffentlichung aus dem Jahr 2001: „Wer seine Kinder gottgemäss erziehen will, muss über etwa so viele Züchtigungsarten verfügen wie eine gute Putzfrau über Putzmittel und

² siehe: <https://www.anti-zensur.info> (19.10.2017)

Reinigungsmethoden.“³ Deutlich wird hier, dass die offensichtliche Sehnsucht nach Autorität und Gewalt mit der Ablehnung von freiheitlichen und emanzipatorischen Werten einher geht und nicht selten durch Religion begründet wird – das Kindeswohl steht hier in keinster Weise im Fokus, sondern vielmehr die Durchsetzung repressiver und reaktionärer Erziehungsziele und Gesellschaftsbilder. Aufklärung wird als Indoktrination diffamiert und Vielfalt-Konzepte werden als „Erziehung zur Homosexualität“ umgedeutet. In diesem Diskurs wird eine „Natürlichkeit“ konstruiert und mit einem „Recht auf Ordnung“ verknüpft. Dadurch werden nicht-essentialisierende Konzeptionen von Geschlecht und Sexualität als ideologische Bedrohungen phantasiert. Gerade über die diskursive Figur des „bedrohten Kindes“ funktioniert dieser Diskurs bis tief in die Gesellschaft (Schmincke 2015).

Für die Soziale Arbeit sind diese gesellschaftlichen Entwicklungen eine besondere Herausforderung. Zum einen bildet sich ein Großteil ihrer Adressat*innen aus den im Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit besonders abgewerteten Gruppen. Zum anderen vertritt sie als Profession eine Menschenrechtsperspektive und einen Bildungsbegriff, die grundlegend emanzipatorische Grundpfeiler ihrer Arbeit sind. Die internationale Definition der Sozialen Arbeit verweist beispielsweise auf die Werte der sozialen Gerechtigkeit, die Menschenrecht und die Achtung von Vielfalt (IFSW/IASSW 2014)⁴. Im Bildungsbegriff, der etwa in der Kinder- und Jugendhilfe zum Tragen kommt, wird die Unterstützung der Adressat*innen bei der kritischen Reflexion gesellschaftlicher Verhältnissen betont. Hier stehen summarisch drei Themen im Vordergrund: 1. Unterstützung bei der Entwicklung einer kritischen Distanz zu gesellschaftlichen Normalitäts-, Unterordnungs- und Verwertungsanforderungen. 2. Unterstützung und Förderung von Selbstermächtigungsprozessen und Streben nach Handlungsfähigkeit und 3. Unterstützung bei der Entwicklung einer grundlegenden Anerkennung von Differenz zwischen dem Eigenen und dem Anderen (vgl. dazu u.a. auch Groß 2014, Scherr 1997).

Um diese Themen in der pädagogischen Arbeit umsetzen zu können, bedarf es auch einer permanenten Reflexion und Dechiffrierung gesellschaftlicher Verhältnisse durch die Fachkräfte der Sozialen Arbeit. Konkret in Bezug auf die Frage nach rechten Tendenzen in der Gesellschaft und der Zunahme von Homosexualitätsfeindlichkeit bedeutet dies vor allem, dass Jugendarbeit gefordert ist, ganzheitlich die Persönlichkeitsbildung auch in Bezug auf Körper, Geschlecht und Sexualität der Adressat*innen zu unterstützen. Sexuelle Bildung meint dann in diesem Kontext gerade nicht Kindern und Jugendlichen etwas „aufzuzwängen“, sondern vielmehr sie in ihren Bedürfnissen, ihrer Neugierde und ihrem Wissensdurst sensibel zu unterstützen, um ihre eigenen Wege in Akzeptanz und Anerkennung des Anderen zu finden und zu leben. Im Kontext von Aufklärung und Reflexion beispielsweise in der Elternarbeit muss auch deutlich werden, dass sexuelle Bildung immer stattfindet – auch dann, wenn Sexualität in einer sexualitätsfeindlichen und -ablehnenden Umgebung tabuisiert wird. Zentrales Bildungsziel einer emanzipatorischen Bildung muss es sein, Vielfalt kennen zu lernen, anzuerkennen und wertzuschätzen. Hinzu kommt, dass sexuelle Bildung auch wichtig für Präventionsarbeit ist: Prävention vor Vorurteilen und Stereotypen einerseits und vor sexualisierter Gewalt andererseits. Die Anerkennung und Akzeptanz pluraler Lebensstile sind zentrale Werte

³ Sasek, Ivo (2001) Erziehe mit Vision! Online: www.ivo-sasek.ch/download/buecher/Erziehe%20mit%20Vision.pdf: 55 (19.10.2017)

⁴ siehe Global Definition of Social Work, Online: <http://ifsw.org/get-involved/global-definition-of-social-work> (19.10.2017)

demokratischer Gesellschaften und umfassen auch das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit – inklusive Geschlecht und Sexualität.

Ungleichwertigkeitsvorstellungen sind mit diesen Grundlagen einer subjektorientierten und emanzipatorischen Sozialen Arbeit unvereinbar. Menschen – Fachkräfte und Adressat*innen – in der Sozialen Arbeit sind betroffen von, sind Teil von und sind Reproduzierende von gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen. Eigene Verstrickungen müssen deshalb immer wieder kritisch reflektiert werden. So müssen Fachkräfte der Sozialen Arbeit sich selbst immer wieder hinterfragen, inwiefern ihre eigenen normativen Vorstellungen oder gar Ressentiments etwa gegen nicht heteronormative Geschlechter- und Sexualitätsverständnisse und Lebensweisen mit Macht- und Herrschaftsverhältnissen verbunden sind oder mit einem rechten Diskurs innerhalb der Gesellschaft korrespondieren (könnten). Und nicht zuletzt muss Soziale Arbeit immer gewährleisten, ihren Adressat*innen diskriminierungsfreie Räume zur Verfügung zu stellen.

Trotz solcher Emanzipationserfolge wie etwa der gerade 2017 erreichten „Ehe für Alle“ existieren also insgesamt nach wie vor viele Baustellen, die Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft zu bearbeiten haben, um gemeinsam weiter an einer demokratischen, freiheitlichen und vielfältigen Gesellschaft zu arbeiten.

Literatur

Decker, Oliver; Brähler, Elmar (2016): Autoritäre Dynamiken: Ergebnisse der bisherigen „Mitte“-Studien und Fragestellung. In: Decker/Kiess/Brähler (Hg) (2016) a.a.O., 11-22.

Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar (Hg) (2016): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Die Leipziger Mitte-Studie 2016. Gießen.

Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar (Hg) (2013): Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose. Gießen.

Groß, Melanie (2014): Intersektionalität. Reflexionen über theoretische und konzeptionelle Perspektiven für die Jugendarbeit. In: von Langsdorff, Nicole (Hg): Intersektionalität und Jugendhilfe. Berlin/Toronto: 170-183.

Groß, Eva; Zick, Andreas; Krause, Daniela (2012): Von der Ungleichwertigkeit zur Ungleichheit: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, S. 12 In: APuZ 16/17.

Häusler, Alexander (2016): Die AfD als rechtspolitischer Akteur der Flüchtlingskrise. In: Decker/Kiess/Brähler (Hg) a.a.O., 167-178.

Scherr, Albert (1997): Subjektorientierte Jugendarbeit. Eine Einführung in die Grundlagen emanzipatorischer Jugendpädagogik. Weinheim.

Schmincke, Imke (2015): Das Kind als Chiffre politischer Auseinandersetzung am Beispiel neuer konservativer Protestbewegungen in Frankreich und Deutschland. In: Hark, Sabine; Villa, Paula-Irene (Hg): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: 93-108.